

Berlin, Sonnabend,

Dieses Blatt erscheint in der Woche  
zwölffmal.

Abonnements-Preis:  
vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,  
für ganz Preussen, das übrige  
Deutschland und ganz Oester-  
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:  
die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Als Gratis-Beilagen erscheinen  
ausser anderen  
tabellarischen Uebersichten  
eine Zusammenstellung  
aller Submissionen,  
Allgemeine Verloosungs-Tabellen  
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

# Berliner Börsen-Zeitung

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Hierbei als III. Beilage: Allgemeine Verloosungs-Tabelle No. 45.

### Telegraphische Depeschen.

**Danzig,** 7. November. (C. T. C.) Die Einnahmen der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn betragen im October d. J. nach provisorischer Feststellung 173 600 M gegen 225 276 M nach definitiver Feststellung im Monat October 1884, mithin 51 676 M weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres.

**Bremen,** 7. November. (C. T. C.) Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Eins“ ist gestern Nachmittag 6 Uhr in New-York eingetroffen.

**Strassburg i. E.,** 7. November. (C. T. C.) Der gestern von der Studentenschaft zu Ehren des Statthalter Fürsten Hohelohe veranstaltete Festcomers war von etwa 1000 Theilnehmern besucht und verlief äusserst glänzend. Um 8 1/2 Uhr erschien der Statthalter mit seinen Söhnen und dem Geheimrath Dr. Jordan. Nach einem kräftigen Salamander auf Se. Majestät den Kaiser hielt cand. phil. Dedelley die Rede, in welcher er den Statthalter als Deutschen Staatsmann feierte. Die Rede schloss mit einem Hoch auf den Gefeierten. Der Statthalter antwortete dankend für den Gauss und trank auf das Wohl Elsass-Lothringens, dem er sein Leben widmen würde. Es folgten ferner Reden auf die Studentenschaft, Protector Sohn auf die Deutsche Armee, Generalleutnant von Heudeck auf die akademische Jugend Deutschlands und Bürgermeister rei-Verwalter Stempel auf den Fürsten Bismarck. Im Verlaufe des Abends wurde auch ein Huldigungs-Telegramm an Seine Majestät den Kaiser abgeant.

**Wien,** 7. November. (C. T. C.) Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Enthüllung des Unterrichtsministers Conrad von Eybessfeld unter Verleihung des Grossekreuzes des Leopoldordens und Ernennung desselben zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses, sowie die Ernennung des Hofraths Gautsch zum Unterrichtsminister.

**Wien,** 6. November. (C. T. C.) Nach hier vorliegenden Telegrammen werden in Serbischen officiellen Kreisen die Nachrichten von einem angeblichen Complot gegen den König als gänzlich unbegründet bezeichnet.

**Wien,** 6. November, Abends. (C. T. C.) In dem Vierer-Ausschuss der Ungarischen Delegation gab der Reichsfinanzminister v. Kallay ein Exposé über die occupirten Provinzen und wies ziffermässig nach, dass die Einnahmen dem Voranschlage entsprächen, dass er bestrebt sei, die Einnahmen auf einer realen Basis festzustellen und dass die im Voranschlage angegebenen Beträge unbedingt eingehenden müssten, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten sollten. Der Minister ertheilte eingehende Aufschüsse über die Verhältnisse in den occupirten Ländern und erklärte hierbei, dass die Bekenner der orientalisirten-orthodoxen Kirche auf die Unterstützung der Regierung zählen könnten und dass jede gegentheilige Behauptung unwahr sei und Ziele verfolge, die gegen die Oesterreichisch-Ungarische Regierung gerichtet seien. Die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel hätten weder auf die Zustände in Bosnien, noch auch auf die Stimmung daselbst auch nur den geringsten Einfluss ausgeübt, es herrsche daselbst vollkommene Ruhe. Die Sicherheitsverhältnisse seien günstig geworden, die Volkszählung und die Recrutierung hätten mit der grössten Leichtigkeit ausgeführt werden können. Der Voranschlag für die occupirten Provinzen wurde nach kurzem Meinungsaustausch von dem Ausschusse bewilligt.

**Paris,** 7. November. (C. T. C.) Die neue lateinische Münzconvention ist gestern von den Delegirten Frankreichs, Italiens, der Schweiz und Griechenlands unterzeichnet worden.

**Fetersberg,** 7. November. (C. T. C.) Eine Correspondenz des „Regierungs-Anzeigers“ aus Sofia commentirt das ablehnende Verhalten des Fürsten von Bulgarien und seines Ministeriums

gegenüber den Mahnungen Russlands anlässlich der Revolution in Philippopol und constatirt, dass der Metropolit Clement die von dem Kaiser von Russland an die Bulgarische Deputation in Fredensborg gerichteten Worte unrichtig nach Hause übermittelt hatte, indem er gemeldet, „der Kaiser von Russland hätte die Hoffnung ausgesprochen, dass die frühere Ordnung der Dinge nicht wieder in Bulgarien eingeführt würde.“ Der Vertreter Russlands in Sofia habe dem gegenüberzutreten müssen, um den authentischen Wortlaut der Ausslassung des Kaisers wiederherzustellen. Ferner behauptet die Correspondenz, dass die Bulgarische Regierung die wahre Stellungnahme der öffentlichen Meinung Europas gegen Bulgarien systematisch verheimliche.

**Fetersburg,** 7. November. (C. T. C.) Das Journal de St. Pétersbourg“ sagt, die letzten Depeschen der „Agence Havas“ aus Sofia über die künftige Haltung der Conferenz, die Pläne Russlands und das Raisonnement über die Art und Weise, in welcher die Bulgarische Regierung sich zu den Ermahnungen der Botschaftsverhalte, seien Taschenspielerien mit dem geschriebenen Recht, welche nicht vorkommen würden, wenn nicht das Wort „Revolution“ in gewissen Ländern einen wunderbaren Eindruck hervorbrächte und man nicht dort vielfach der Ansicht wäre: „die Bulgaren haben eine Revolution gemacht, folglich müsse man sich derselben teugen!“ Es sei aber da doch ein sehr wesentlicher Unterschied zu machen. Der Grundsatz des modernen öffentlichen Rechts, dass keine Regierung intervenire, wenn eine Nation die Regierungsmacht ändere, sei auf den jetzigen Fall nicht anwendbar, denn der Fürst Alexander und die Revolutionäre in Sofia seien dabei nicht stehen geblieben, sondern hätten die Hand auf Länder gelegt, die nicht zu Bulgarien gehören. Sie hätten auf diese Weise die Bestimmung des Londoner Protokolls von 1871 verletzt, welches den Signatarmächten ausdrücklich untersagte, an den internationalen Verträgen ohne Zustimmung aller Unterzeichner zu rühren. Wenn diese Bestimmung für jede Signatarmacht obligatorisch sei, so sei sie es mit noch stärkerem Grunde für die Vasallen und die Unterthanen einer derselben. Was die Erwägung der Opportunität anbelangt, zu deren bereitem Vertheiliger das Journal des Débats“ sich aufwerfe, indem es Russland mit Bitterkeit angreife, so bleibe, da die Union ohne Entfesselung der ganzen orientalischen Frage nicht möglich sei, nur die Rückkehr zum Status quo übrig, jedoch könne das Rumelische Statut, da es keinen Theil des Berliner Commission revidirt werden. Das Journal citirt den Artikel der „Débats“ über die Mängel des Statuts und sagt zum Schluss: Die Mehrzahl der Mächte sei bereit, die Nothwendigkeit des status quo als dringend anzuerkennen, hoffen wir, dass die Einstimmigkeit in gleicher Richtung auf der Conferenz in Konstantinopel sich betätigen wird.

**Athen,** 6. November. (C. T. C.) Die Deputirtenkammer ertheilte heute der vorgeschlagenen patriotischen Anleihe ihre Genehmigung. Bei der Berathung wies Trikups auf die Nothwendigkeit neuer Aufgebens hin, durch welche die Verzinsung und Tilgung der grossen Anleihe garantirt werde, der Ministerpräsident Deljanoff erklärte darauf, er werde der Kammer in der Kürze neue finanzielle Maassregeln vorschlagen.

**Konstantinopel,** 7. November. (C. T. C.) Die bei der Conferenz vertretenen Mächte wünschen die Bestellung von Secretären im Bureau der Conferenz, welches zur Zeit aus dem Generalsecretär des Ministeriums für Auswärtiges, Noum Effendi, dem Französischen Botschaftsrathe Hanotaux und dem Adjuncten Jusuf Franko Bey besteht.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

### Berlin, den 7. November.

— Man depeschirt dem „Hamb. Corr.“ von hier: Graf Herbert von Bismarcks Ernennung zum Staatssecretär im Auswärtigen Amt ist beschlossen und hat sich nur bis zur Entscheidung über den nachfolgenden Unterstaatssecretär verzögert.

— Die schon vielfach aufgetauchten Gerüchte über Aenderungen, betreffend die Besetzung der Russischen Consulate, beginnen sich, wie die „Nowoje Wremja“ („Neue Zeit“) erfährt, bereits zu realisiren. Von dem Standpunkt ausgehend, dass die Ausländer, welche den Titel Russischer Ehrenconsuln führen, ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, da sie einerseits weder die Russische Sprache noch die Russischen Gesetze kennen, andererseits aber auch nicht das genügende Interesse für die Förderung des Russischen Handels besitzen, hat das Ministerium des Aeusseren beschlossen, nunmehr auch in verschiedenen grösseren Handelsstädten des Auslandes etatsmässige Berufsconsula anzustellen, und zwar nicht mehr Ausländer, sondern Russen. Zuerst ist England in Aussicht genommen, wo zur Zeit nur ein einziges Generalconsulat — das zu London — existirt. Es sollen nunmehr vorläufig in Liverpool und in Hull etatsmässige Consula angestellt werden und allmählich auch andere Städte und andere Staaten an die Reihe kommen. Diese neue Maassregel bedarf natürlich noch der Bestätigung auf legislativem Wege, wird aber zweifelsohne sympathisch aufgenommen werden.

— Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist in den Rüstungen der Pforte in den letzten Tagen eher eine Zunahme und Beschleunigung zu verzeichnen. Die aus Asien anlangenden Truppen werden in grosser Eile nach Sa'ouichi befördert. Alle verfügbaren Türkischen Schiffe und vier Transportschiffe des Lloyd sind vollumfänglich mit Truppentransporten in Anspruch genommen. Ebenso werden umfassende maritime Vorkehrungen getroffen. Die Pforte machte eine neue Bestellung von Torpillen des Systems Whitehead und entsendete Officiere, um die bezüglichen Versuche und Ablieferungen zu überwachen. Das Marineministerium ernannte eine Commission zur Prüfung des Zustandes der in den verschiedenen Türkischen Häfen befindlichen Kriegsschiffe. Nach Berichten aus Ost-rumelien concentrirt man sich daselbst hauptsächlich in Stellungen um Seymenli, woselbst Befestigungen errichtet werden.

— Die militairischen Vorbereitungen lassen nach einem Bericht aus Belgrad keinen Zweifel, dass die Action stündlich zu gewärtigen ist. Der strategische Aufmarsch an der Bulgarischen Grenze ist beendet und das Hauptquartier nach Pirov vorgeschoben. Die Corpscommandanten erhielten die Ordre, angriffsweise vorzugehen, sobald ihnen der Befehl zur Ueberschreitung der Grenze zugeht, und erlassen dementsprechende Weisungen an die Unterabtheilungscommandanten. Die Rüstungen werden eifrig fortgesetzt, in einzelnen Kreisen ist das zweite Aufgebot bereits einberufen. Grosse Munitions- und Proviant-Transporte gehen täglich nach den Grenzen ab. Die von der Gesellschaft vom Rothen Kreuz in Wien beigegebenen achtzehn complet ausgerüsteten Sanitätswagen wurden direct nach Nisch befördert. Die Festung Feth-Islam bei Kladova wird armirt und schwere Festungszeschütze werden auf dem Dampfer „Deligrad“ dahin abgesetzt. Guter Information zufolge wird in gewissen Kreisen die Einberufung eines grossen Meetings für den 8. November nach Belgrad geplant. Dasselbe soll eine Resolution fassen, in welcher der König und die Regierung ersucht würden, die Action gegen Bulgarien zu beginnen, weil die Serben-Verloosungen in Bulgarien Repressalien fordern und der gegenwärtige Zustand für das Land unerträglich sei.

— Nach einem aus Therapia datirten Berichte der „Munch. A. Z.“ über den Aufmarsch der Türkischen Feldarmee stehen an Feldtruppen in der Europäischen Türkei: 233 Bataillone, 60 Escadronen und 45 Batterien, d. h. Grund 140 000 Gewehre, 4500 Pferde und 270 Geschütze. An Ersatz und Besatzungsgruppen sind in der Europäischen Türkei dislocirt: zusammen 32 Bataillone, 23 Escadronen und 26 Batterien mit 20 000 Gewehren, 1500 Pferden und 156 Feldgeschützen. Von diesen Truppen sind zur ersten Verwendung im Felde an der Nordgrenze der Europäischen Türkei aufgestellt: Erste Gruppe